

POLITISCHE ABTEILUNG I

Bern, 18. April 1990

s.B.44.32.RDA.0. ✓ WOK/IFH

s.B.35.51.RDA.10. ✓

p.B.15.21.RDA. ✓

p.B.73.RDA.0.AUFZEICHNUNGDDR - Neue Regierung und Politik

Heute Mittwoch, 18.04. sucht mich der Botschafter der DDR (B.) auf mit folgendem Anliegen :

1. Er übergibt die quote **Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer** unquote vom 12.04.1990 (Beilage). Bei der aus den Medien in den Hauptpunkten ja bekannten Erklärung handelt es sich, in den Worten von B., um eine Generalabrechnung mit der bisher von der DDR verleugneten unseligen Vergangenheit der Deutschen, sowie späterer unrühmlicher DDR-Aktionen. Offizielle Entschuldigungen werden das jüdische Volk und Israel, an die Sowjetunion, an die CFSR (wegen der Niederschlagung des Prager Frühlings) gerichtet und die Unverletzlichkeit der gegenwärtigen polnischen Westgrenze festgestellt.
2. B. unterstreicht weiter das Interesse der neuen Regierung an **bilateralen Beziehungen** mit der Schweiz. Er erkundigt sich nach einem möglichen Termin des grundsätzlich bereits festgelegten Besuches von Staatssekretär Jacobi in Berlin. Der Unterzeichnete bestätigt dieses Interesse und schlägt Juli 1990 vor.

Der Ball liegt nun auf Seiten der DDR, welche mit einem konkreten Datumsvorschlag aufwarten will, sobald die Person des Gastgebers, des künftigen Nr. 2 im AM bekannt ist. Laut B.

wird der derzeitige interimistische Inhaber, Fleck, sehr wahrscheinlich abgelöst (Nier wurde bereits vor einiger Zeit in Pension geschickt) und durch einen Politiker der DSU (CSU der DDR) ersetzt. Der sozialdemokratische neue AM Meckel habe sich bereits dahingehend geäußert, dass er mit einem DSU-Mann leben könne.

3. Schliesslich kommt B. auf die **Visafrage** zu sprechen. Die praktischen Schwierigkeiten zur Bewältigung schweizerischer Visagesuche würden an seiner Botschaft immer grösser. (Ein schweizerisches Visagesuch muss via ein Reiseunternehmen eingereicht werden und gelangt nach 4 - 8 Wochen und Bewilligungsverfahren interner DDR-Behörden (laut B. u.a. zur Sicherung der Unterkunft) an die hiesige Botschaft zur Ausstellung) Direktvisaausstellung könne er, B., nur in Ausnahmefällen gestatten. Ich weise B. auf die Diskrepanz hin im Fristenzug (DDR 4 - 8 Wochen, schweizerische Visa für DDR-Bürger höchstens 24 Stunden); B. habe dieses Problem bereits mit Berlin aufgenommen und werde dies nun wieder tun, um von seinen Behörden erweiterten Spielraum für Direktvisaausstellung zu erhalten.

Grundsätzlich, darin sind sich B. und der Unterzeichnete einig, kann das Problem aber nur durch Abschaffung des Visazwangs gelöst werden. B. erklärt die Bereitschaft der DDR-Regierung, durch eine formlose, mündliche und gegenseitige Erklärung den Visazwang probeweise mit unmittelbarer Wirkung aufzuheben. Nach Ablauf der Probefrist könne die Aufhebung vertraglich abgesichert werden. Die DDR sei z.B. mit Oesterreich so vorgegangen.

POLITISCHE ABTEILUNG I

i.V. *wagen Auswertung*

i.V. *H. / Hied*

D. Woker

Kopien : - EJPD : BA für Ausländerfragen (Für Para 3, mit Hinweis auf Ihre Vorlage vom 16.03. "Visumspolitische Standortbestimmung", unsere Stellungnahme dazu vom 27.03. und das Schreiben unserer Botschaft in Berlin vom 07.02. "Visumpflicht DDR-Schweiz" sowie der freundlichen Bitte um Hinweis, wie Sie nun weiter vorgehen wollen.

- BAWI : Osteuropa

- EDA : DVA

Völkerrechtsdirektion

Politisches Sekretariat

JAC (Para 2), SIN, WOK, PR

- Schweizerische Botschaft Berlin